

weiter = Zeitung

Organ der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

ersch. um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Abonnementbedingungen:
 Preis: Für Aufnahme ins Post-
 amtlich 60 h.
 monatlich K 2.60, vierteljährlich K 7.80
 Zum Abholen in den Filialen, in allen
 Lokalitäten und Geschäftsstellen:
 Wien K 2.60.
 Bozeng und Lugano:
 monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Deutschland: Vierteljährlich K 12.—
 für alle anderen dem Reichspostamt
 angehör. Länder: Vierteljährlich K 15.—
 Abonnements werden angenommen
 in der Administration, V. Reichs-
 Postamt 67, auch in den Filialen:
 I. Schulerstraße 18, Telefon 9131
 II. Bognerstraße 80, Tel. 40288
 X. Wienplatz 8, Telefon 38244
 XIV. Ringierplatz 6, Tel. 33128
 XVI. Ringierplatz 64, Telefon 54146
 XVII. Ringierplatz 23, Telefon 17116
 XXI. Ringierplatz 14.
 Für die an fremde Ausländer über-
 gesandten bezüglichen Beträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

Wien, Samstag, 3. März 1917.

XXIX. Jahrgang.

Wechsel im Generalstab.

Conrad v. Hörsendorf scheidet — General
v. Arz ernannt!Der Kaiser hat folgendes Handschreiben erlassen (datiert
Baden, 2. März):

Lieber Feldmarschall Freiherr v. Conrad! In den
 ersten Phasen dieses Krieges haben Sie als Berater
 des Armeehauptkommandanten die gewaltige
 Ueberlegenheit unserer Feinde durch klare Erkenntnis ihrer
 Schwächen und durch nie erlahmende Initiative wettgemacht.
 Ihr abgeklärtes Urteil fand den sicheren Ausweg aus den
 schwierigsten Lagen. Im weiteren Verlauf dieses Krieges
 wußten Sie — im zielbewußten Zusammen-
 arbeiten mit unseren treuen Verbündeten
 — am entscheidenden Orte zur richtigen Zeit die not-
 wendigen Streitkräfte anzusetzen, auf allen Kriegsschauplätzen
 die Grundlagen siegreicher Operationen zu schaffen und die
 Pläne neu erstandener, treuherziger Gegner zum Scheitern
 zu bringen. Auch mir waren Sie stets ein selbstloser, hin-
 gebungsvoller Berater.

Wenn ich Sie jetzt nun...

entbehrt. Ein „Zusammenarbeiten“ von Parteien fehlt,
 das versteht wohl jeder, die gleiche Berechtigung aller
 voraus, die eben zusammen arbeiten sollen; das heißt:
 das, was Anlaß, Inhalt und Zweck des Zusammen-
 arbeitens sein soll, muß einvernehmlich festgestellt werden.
 Im Einvernehmen aller! Aber daß zwei Parteien fest-
 stellen, wonach sich die dritte einfach zu richten habe,
 ist selbstverständlich unmöglich; wer sich das „Zu-
 sammenarbeiten“ so vorstellt, der will es eben nicht.
 Wenn es der „Reichspost“ Spaß macht, sich den
 „Beitritt“ der deutschen Sozialdemokraten so vor-
 zustellen, daß sie sich einfach darauf „verpflichten“,
 was ohne sie aufgestellt wurde, so wollen wir sie
 nicht stören; niemand, der die Sozialdemokratie kennt,
 wird meinen, daß sie sich zu den Bürgerlichen in ein
 Vasallenverhältnis begeben werde, und anderes wie
 Vasallentum wäre ein solcher Beitritt natürlich nicht.
 Die Auffassung — aber sie ist natürlich nicht ernst
 gemeint, sondern nur die Ausrede des schlechten
 Gewissens — ist um so grotesker, als die
 „Reichspost“ selbst berichtet, daß große Verschiedenheiten
 zu „überbrücken“ waren; aber heißen die grundsätz-
 lichen Anschauungen der Sozialdemokraten keine Be-
 rücksichtigung? Eine schöne „Vereinbarung“, wobei
 über die Anschauungen der Sozialdemokraten als über
 eine gar nicht in Betracht kommende Sache einfach
 hinweggegangen werden könnte! Es ist also klar: Wer
 wirklich ein die gesamte deutsche Volkskraft einendes
 Programm zur Lösung der nationalen Fragen, die im
 Augenblick gelöst werden sollen und gelöst werden
 können — mehr an „Zusammenarbeiten“ ist nach der
 Sachlage nicht zu erreichen — herausbilden will, der
 wird anders vorgehen, als wie Nationalverbändler
 und Christlichsoziale bei der „Erstellung“ ihrer Rich-
 tlinien vorgegangen sind.

Wir werden weder von unseren Genossen noch
 von unseren politischen Gegnern mißverstanden werden,
 wenn wir die Frage nach den Möglichkeiten dieses
 „Zusammenarbeitens“ einmal, und wirklich ohne Eifer
 und Leidenschaft, erörtern: es ist satzungsbekannt,
 daß wir uns in das „Zusammenarbeiten“ nicht
 drängen und über die „völlige Vereinsamung“, mit
 der uns die „Reichspost“ zu schrecken wähnt, durchaus
 nicht ungehalten sind. Es wird schon die Zeit kommen,
 wo das Volk diese „vereinsamte“ Sozialdemokratie
 eben deshalb als die einzige unabhängige
 Partei erkennen wird, die, frei von allen be-
 engenden Rücksichten, die Sache des leidenden Volkes —
 und wer leidet nun nicht? — mit unerschrockener
 Tatkraft vertritt und vertritt; unsere Vereinsamung
 wird uns an dem tapferen und zielbewußten Wirken für die
 Interessen des Volkes in gar keiner Weise hindern; ganz
 im Gegenteil! ... Aber wir wollen es doch einmal
 vor dem Volke feststellen, daß die deutschen Sozial-
 demokraten von den Bürgerlichen zu einem „Zusammen-
 arbeiten“ niemals geladen wurden, daß
 niemals auch nur der bescheidenste Versuch unter-
 nommen wurde, die deutschen Sozialdemokraten für
 dieses „Zusammenarbeiten in nationalen Dingen“ zu ge-
 winnen. Wenn uns nun die Deutschbürgerlichen das
 Vorgehen der polnischen und der tschechischen Sozialisten
 als ein rühmens- und nachahmenswertes Beispiel vor-
 führen, so mögen sie doch auch darüber nachdenken,
 wie die tschechische und wie die polnische Bourgeoisie hier
 vorgegangen ist. Es haben sich auch die polnischen und
 tschechischen Sozialisten nicht angeboten, nicht vor- und
 eingedrängt, vielmehr hat man sie gesucht, hat sich um
 ihr Mitarbeiten gekümmert und bemüht. Die Wahrheit ist,
 daß den bürgerlichen Tschechen die Sache der Nation
 höher steht als Parteiinteressen und Parteivorteil; daß
 aber den bürgerlichen Deutschen, den National-
 verbändlern wie den Christlichsozialen, das Partei-
 interesse über das Nationsinteresse
 geht. Denn das „Zusammenarbeiten“ der Sozial-
 demokraten würde eben ihre Parteiinteressen führen:
 weil sich ihre ganze, so erbärmliche Agitation
 gegen die Sozialdemokraten auf der Behauptung von
 der „antideutschen“ Sozialdemokratie aufbaut und das
 Lügengebäude zusammenstürzen würde, wenn mit den
 Sozialdemokraten ein nationales „Zusammenarbeiten“
 anhöbe! Wir durchschauen ja das feine Spiel, das
 sich da vorbereitet, und sind längst gerüstet, ihm
 zu begegnen. Die Herrschaften möchten ebenso-
 wenig ein „Zusammenarbeiten“ mit den Sozial-
 demokraten, als sie die Behauptung missen
 möchten, daß wir deutsche Sozialdemokraten...

Das nationale Zusammen-
arbeiten.

Eine notwendige Feststellung.

Die Nationalverbändler und die Christlichsozialen
 haben sich, wie unlängst mitgeteilt wurde, auf „Rich-
 tlinien“ geeinigt. Sie sind, unter Wahrung der Partei-
 grundsätze, bereit, „in sozialen, nationalen und gesamt-
 staatlichen Fragen zusammenzuarbeiten“. Die Grazer
 „Tagespost“ hat nun die Frage aufgeworfen, warum
 das deutsche „Zusammenarbeiten“ nur auf diese zwei
 Parteien beschränkt wird, warum dazu nicht alle
 deutschen Abgeordneten, die Alldeutschen, die Demos-
 kraten, die Sozialdemokraten, beigezogen worden sind.
 Das Grazer Blatt begründet seine Frage folgender-
 maßen: „Was früher war, ist hoffentlich endgültig
 begraben, und soll das neue Oesterreich entstehen, das
 wir alle wünschen, wird der Zug ins Große, der
 allein den Staat lebensfähig erhalten wird können,
 auch Eigentum der Parteien und durch sie der Völker
 werden müssen. Es gibt viele, und es sind nicht die
 Schlechtesten, die sich auch eine gemeinsame Arbeit
 aller deutschen Parteien gedacht haben. Aller, ohne
 Ausnahme. Das neue Programm des Deutschen
 Nationalverbandes und der Christlichsozialen läßt
 darauf schließen, daß diese gemeinsame Plattform
 entweder noch nicht gefunden ist oder nicht mehr
 gefunden werden wird. Es wäre gewiß wünschens-
 wert, von berufener Seite eine Aufklärung darüber
 zu erlangen, warum das, was bei den Tschechen und bei
 den Polen möglich war, nicht auch bei den Deutschen
 möglich ist, wer oder was daran schuld ist.“ Die „Reichspost“
 gibt ihm nun Bescheid, und da die Unterhaltung in der
 Hauptsache darum geht, ob man die Gewogenheit haben
 hätte sollen, nicht zu übersehen, daß es innerhalb der
 deutschen Nation in Oesterreich auch Sozialdemokraten gibt,
 oder ob man recht damit getan, sich über die Tatsache,
 daß eine Partei der deutschen Sozialdemokratie besteht,
 einfach hinwegzusetzen, so wollen den Bescheid, den
 das Grazer Blatt erhält, auch wir uns bescheiden.

Die „Reichspost“ ist so gütig, „zugestehen“, daß
 „keine Gruppe von der Zustimmung zu den Richtlinien
 ausgeschlossen ist, jede kann ihren Beitritt erklären
 und sich darauf verpflichten“. Man wird zugeben, daß
 das von dem „Zusammenarbeiten“ verschiedener Par-
 teien eine Auffassung liefert, die der Originalität nicht